

***E-Health-Strategie für Deutschland:
12 Punkte für ein digitalisiertes Gesundheitswesen***

***Gemeinsamer Beschluss des Bundesfach-
ausschusses Gesundheit und Pflege sowie
des Netzwerks Digitalisierung***

CDU

Gemeinsamer Beschluss des Bundesfachausschusses Gesundheit und Pflege sowie des Netzwerks Digitalisierung

E-Health-Strategie für Deutschland:

12 Punkte für ein digitalisiertes Gesundheitswesen

1. Mit E-Health den Weg zum selbstbestimmten Patienten ebnen
2. Stärkung der digitalen Gesundheitskompetenz der Bürger
3. Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen langfristig ermöglichen
4. Vernetzte digitale medizinische Versorgung in die Fläche bringen
5. Mehr Transparenz und effiziente Regulierung
6. Den innovativen Gesundheitsstandort Deutschland stärken
7. Datenschutz und -sicherheit
8. Effektivere Nutzung von Big Data für die Gesundheitsversorgung und Forschung
9. Interoperabilität auf Basis anerkannter Standards sicherstellen
10. Das Potenzial der Digitalisierung für höhere Kostenersparnisse und administrative Entlastung ausschöpfen
11. Deutschlands Beitrag zur Entwicklung der globalen Gesundheits-Informations- und Kommunikationstechnologien sicherstellen
12. Ethische Herausforderungen der Digitalisierung angehen – Bewahrung eines solidarischen Gesundheits- und Versicherungswesens

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens

Gesundheit wird für die Menschen in einer Gesellschaft des langen Lebens immer wichtiger. Daher werden große Erwartungen an den medizinischen Fortschritt gerichtet – nicht zuletzt, weil in den vergangenen Jahrzehnten Erfolge, z. B. neue Therapiemöglichkeiten bei Krankheiten wie AIDS oder vielen Krebsarten, erzielt wurden. Dass die Menschen im Gesundheitswesen auf die Fortschritte vertrauen, eröffnet Chancen für ein zukunftsorientiertes Denken und Handeln gerade hinsichtlich des digitalen Wandels. Das im Januar 2016 in Kraft getretene „Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ (E-Health-Gesetz) greift diese Dynamik auf und legt einen konkreten Zeitplan für die Einführung nutzbringender Anwendungen und einer sicheren digitalen Infrastruktur im Gesundheitswesen fest.

Was heißt Digitalisierung des Gesundheitswesens?

Digitalisierung heißt **Vernetzung**. Fast alle Praxen und Krankenhäuser, aber auch Apotheken, Reha- und Pflegeeinrichtungen nutzen digitale Daten. Doch vielfach fehlen die Verbindungen für den Datentransfer. Mit dem E-Health-Gesetz hat die Bundesregierung eine sichere Telematikinfrastruktur für die digitale Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen auf den Weg gebracht. Zusammen mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und dem Heilberufsausweis der Ärzte wird sie allen Akteuren im Gesundheitswesen einen Mehrwert bringen. Bereits durch einen standardisierten Medikationsplan, der einen Überblick über alle eingenommenen Medikamente gibt, wird sich die Arzneimitteltherapiesicherheit verbessern. Auf der eGK lassen sich aber auch Notfalldaten speichern. Beides kann Leben retten. Darüber hinaus verbessern elektronische Arzt- und Entlassbriefe die Kommunikation zwischen Krankenhaus und Praxis, damit die Informationen immer schnell dort verfügbar sind, wo sie gebraucht werden. Kernstück des E-Health-Gesetzes ist die elektronische Patientenakte, die alle Gesundheitsdaten des Patienten in strukturierter Form zusammenführt. Zusätzliche nützliche Anwendungen, wie die Digitalisierung aller Dokumente vom Impfpass über den Mutterpass bis hin zum Rezept, sollten zeitnah folgen.

Digitalisierung heißt **bessere medizinische Versorgung**. Dabei geht es nicht nur um neue Technologien, sondern um ganz elementare Maßnahmen zur Verbesserung von Prävention und Versorgung. So können Menschen, egal wo sie leben, z. B. mit medizinischen Messgeräten ausgestattet werden, die täglich EKG, Blutdruck und andere wichtige Daten an ein Telemedizinzentrum, den behandelnden Haus- oder Facharzt übertragen. Das kann vor allem für ältere Menschen in ländlichen Gebieten eine enorme Erleichterung mit sich bringen und ihre beständige Versorgung verbessern. Auch weitere Anwendungen der Telemedizin sind denkbar, die zur Verbesserung der Versorgung beitragen können. In Deutschland tätigen Ärzten ist nur eingeschränkt gestattet, Patienten ausschließlich telemedizinisch zu behandeln. Deshalb sollte die Fernbehandlung offener formuliert werden. Dies kann in einem ersten Schritt über Modellprojekte und darüber hinaus erfolgen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Initiative der Ärztekammer Baden-Württemberg und ermuntern darüber hinaus die Ärzteschaft, weitere Aktivitäten in diese Richtung zu starten.

Digitalisierung heißt auch **neue Therapiemöglichkeiten**. Die Medizin und damit das gesamte Gesundheitswesen werden sich im 21. Jahrhundert durch die Fortschritte in der Digitalisierung grundlegend verändern: Anstatt wie bisher oftmals nur die Symptome einer Erkrankung zu behandeln (z. B. bei Krebs oder Rheuma), wird es dank neuartiger Biotech-Therapien zunehmend zielgerichtete Behandlungsstrategien geben, die direkt die Krankheitsursachen angehen können. So wird der Weg frei für eine personalisierte Medizin, die individuell abgestimmte Therapien ermöglicht. Vor allem schafft die Digitalisierung neue Möglichkeiten für den selbstbestimmten Patienten. Immer mehr Menschen informieren sich im Internet und nutzen digitale Instrumente wie Apps, um ihre Gesundheit zu kontrollieren. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Digitalisierung des Gesundheitswesens weiterhin so zu gestalten, dass der digitale Fortschritt bei allen Menschen ankommt und zu mehr Lebensqualität führt.

Der Weg in die digitalisierte Zukunft – Eine E-Health-Strategie für Deutschland

Das E-Health-Gesetz legt den Grundstein für die digitale Infrastruktur. Parallel dazu soll eine nationale E-Health-Strategie für Deutschland entwickelt werden, um den digitalen Wandel des Gesundheitswesens weiterhin erfolgreich voranzubringen. Diese soll insbesondere folgende Punkte aufgreifen:

1. Mit E-Health den Weg zum selbstbestimmten Patienten ebnen

Ziel muss es sein, den selbstbestimmten Patienten zu stärken, gerade auch im Arzt-Patienten-Verhältnis. Der Patient ist Herr seiner Daten und entscheidet darüber, wem er welche Daten verfügbar macht. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Patienten muss oberste Priorität haben. Die Digitalisierung schafft für Patienten und Ärzte gleichermaßen Vorteile: Mit der ePatientenakte, auf die der Patient über das Internet jederzeit zugreifen kann, hat er selbst einen Überblick über Diagnosen und Therapien und ist wesentlich umfassender informiert als bisher und kann somit auch weit besser in gemeinsame Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

2. Stärkung der digitalen Gesundheitskompetenz der Bürger

Die Stärkung der Patienten- und Gesundheitskompetenz durch neue digitale Medien, Gesundheitsplattformen und neue Anwendungen wie Apps, zählt zu den größten Chancen, aber auch Herausforderungen der Digitalisierung. Ein wichtiger Aspekt ist die Vermittlung von seriösem, objektivem und wissenschaftlich gesichertem Wissen.

Zahlreiche über das Internet verbreitete Gesundheitsinformationen sind jedoch qualitativ unzureichend bzw. wissenschaftlich nicht abgesichert oder ausschließlich von kommerziellen Interessen geleitet. Medizinische Laien können noch weniger als professionelle Nutzer (z. B. Ärzte) die Richtigkeit, Seriosität oder Aktualität eines Internet-Informationsangebotes richtig interpretieren, geschweige denn prüfen. Aufklärung darüber, wie gesundheitsrelevante Informationen und Aufklärung einzuschätzen sind und Fehleinschätzungen vermieden werden, trägt zur Eigenständigkeit der Patienten bei. Zugleich können Patienten dann das digitale Informationsangebot als weitere Entscheidungs- und Handlungsgrundlage nutzen. Umso wichtiger ist es, für höhere Transparenz zu sorgen sowie nutzerorientierte und qualitätsgeprüfte Instrumente auszubauen, die geeignet sind, die Gesundheitskompetenz des Patienten nachhaltig zu verbessern. Dazu wollen wir internetbasierte Gesundheitsportale ausbauen, wie z. B. „gesundheitsinformation.de“ des IQWiG, die qualitätsgesicherte und leicht verständliche Gesundheitsinformationen bereithalten. Zudem müssen Patientenschulungen ebenso weiter gefördert werden wie die Stärkung der Gesundheitskompetenz in den Schul-Lehrplänen.

3. Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen langfristig ermöglichen

Neue Möglichkeiten der Anwendung eröffnen sich u. a. auch auf dem Feld der Pflege. Deshalb sollte die Anbindung des Pflegebereichs an die Telematikinfrastruktur schnell realisiert werden. In der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen können intelligente E-Health-Lösungen eine wichtige Hilfestellung sein, um angesichts eines steigenden Pflegebedarfs die hohe Versorgungsqualität zu erhalten und einer alternden Bevölkerung ein Leben nach ihren Bedürfnissen – auch zu Hause – zu ermöglichen. Das Gleiche gilt für die Vernetzung mit allen Heil- und Hilfsmittelerbringern. Ziel muss sein, alle Akteure im Gesundheitswesen miteinander zu vernetzen und einen sicheren und schnellen Datentransfer zu ermöglichen. Dies schließt z. B. auf regionaler Ebene auch die Bildung von Clusterstrukturen ein.

4. Vernetzte digitale medizinische Versorgung in die Fläche bringen

Bei der Telemedizin sehen wir die große Chance, Perspektiven für eine moderne Versorgung in Stadt und Land zu ergreifen. Gerade angesichts des Bevölkerungswandels und der damit verbundenen Herausforderungen für eine gute medizinische Versor-

gung besonders in den ländlichen Regionen, bietet die Telemedizin neue Möglichkeiten. Vernetzte digitale medizinische Versorgung macht es möglich, dass sich nicht die Patienten auf den Weg machen müssen, sondern dass sich die Daten für die Patienten auf den Weg machen. Das kommt gerade auch älteren und chronisch kranken Menschen zugute und verbessert ihre Lebensqualität erheblich. Deswegen brauchen wir ein breites telemedizinisches Angebot. Außerdem entwickelt sich die Telemedizin zu einem der stärksten Treiber für Innovationen bei den Verfahren und Abläufen in Praxen und Krankenhäusern und beschleunigt die Entwicklung in der Medizintechnik. Voraussetzung dafür ist der Breitbandausbau mit entsprechenden für die Telemedizin ausreichenden Bandbreiten.

5. Mehr Transparenz und effiziente Regulierung

Der Markt für Gesundheits-Apps entwickelt sich seit Jahren dynamisch. Täglich vergrößert sich das Angebot. Das Spektrum reicht von Lifestyle-Apps über Apps zur Unterstützung im medizinischen Alltag bis hin zu High-Tech-Produkten zur Steuerung einer Insulinpumpe. Gegenwärtig sind bereits mehrere 100 000 Apps aus den Bereichen Medizin und Gesundheit frei erhältlich. Zugleich wächst die Vielfalt der Zusatzgeräte (Wearables), die zusammen mit Apps genutzt werden können. Das sogenannte self-tracking oder Bewegungen wie die sogenannte quantified self (Selbstbeobachtung, -vermessung) stoßen auf immer mehr Resonanz und ziehen so in den Gesundheitsalltag ein. Umso wichtiger ist es, dass Nutzer sich darauf verlassen können, dass die in der App gelieferten Ergebnisse sichere medizinische Entscheidungen ermöglichen; denn bei medizinischen Apps in der Gesundheitsversorgung geht es nicht um Lifestyle, sondern um Informationen, von denen die Gesundheit des Einzelnen abhängt. Um Patienten auch bei der Nutzung von Apps Sicherheit zu geben, müssen medizinische Apps als Medizinprodukte zertifiziert werden und die entsprechenden Anforderungen an Qualität und Sicherheit erfüllen. Es ist Aufgabe der Politik, dazu beizutragen, mehr Klarheit zu schaffen, nach welchen anwendungsgerechten Kriterien eine Klassifizierung und Zertifizierung von Apps vorgenommen wird und die App-Entwickler im Rahmen der Zweckbestimmung ihres Produkts besser zu unterstützen.

6. Den innovativen Gesundheitsstandort Deutschland stärken

Unsere Gesundheitsunternehmen sowie Start-ups sind hoch innovativ und zeichnen sich durch die Entwicklung von Hightech-Produkten in der Medizintechnik, von innovativen Arzneimitteln, von neuen Behandlungsmethoden und Versorgungsformen aus. Die Basis für den Erfolg sind Forschung und Entwicklung, eine gelebte Gründerkultur sowie ein schneller und strukturierter Marktzugang. Ein Motor ist, dass medizinische Innovationen in Deutschland größtenteils schnell Teil der Regelversorgung werden. Die klare Vorgabe an die Gesundheitswirtschaft lautet, dass Innovationen im Gesundheitswesen einen echten Patientennutzen bringen müssen. Hohe Anforderungen an die Evidenz stellen jedoch oftmals erhebliche Hürden dar, um Innovationen allen zugänglich zu machen. Gerade das Beispiel Telemedizin zeigt, dass es etablierte Verfahren – wie das Telemonitoring – bisher nicht in die Regelversorgung geschafft haben. Hier brauchen wir klare Vergütungskriterien. Das gilt insbesondere für junge Start-up-Unternehmen, die wichtige Innovationen hierzulande vorantreiben. Unser Ziel muss es sein, sie noch besser als bisher zu fördern – etwa durch einen leichteren Zugang zu Beteiligungsfinanzierungen oder steuerliche Vergünstigungen. Dazu wollen wir auch den Krankenkassen die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen ihrer Kooperationsstrategien in neue Unternehmen und Technologien unter Beachtung strenger Regeln zu investieren. Zugleich wollen wir den Dialog zwischen Krankenkassen, Wissenschaft, Unternehmen und Gründern stärken und politisch begleiten. Alle Beteiligten sind auf diesen Dialog angewiesen, nur so können wichtige Informationen und Interessen einer Weiterentwicklung ausgetauscht werden. Darum wollen wir im Rahmen des IT-Gipfel-Prozesses eine Plattform schaffen, um den Austausch und den gesamtgesellschaftlichen Dialog zu intensivieren. Zur Unterstützung von Erprobungsräumen und Modellregionen sollte die Bundesregierung den Rechtsrahmen auf anwendbare Öffnungs- beziehungsweise Experimentierklauseln systematisch evaluieren. Wir sind davon überzeugt, dass wir so die Voraussetzungen dafür schaffen, die großen wirtschaftlichen Chancen für Beschäftigung und Wachstum, die im Gesundheitssektor liegen, noch besser nutzen zu können.

7. Datenschutz und -sicherheit

Deutschland baut mit seiner Telematikinfrastruktur eine weltweit einmalige sichere Datenautobahn für das Gesundheitswesen auf. Diese wird fast 200 000 Ärzte und Zahnärzte, 2000 Krankenhäuser, 26 000 Pflegeeinrichtungen, 1150 Reha-Einrichtungen, 20 000 Apotheken und 2,3 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen und die 70 Millionen gesetzlich Versicherten miteinander vernetzen. Dabei setzt Deutschland auf höchste Datenschutz- und Datensicherheitsstandards nach dem neuesten Stand der Technik. Mit Blick auf die Sicherheit medizinischer IT-Netzwerke sind auf Basis der Bestimmung kritischer Infrastrukturen im Gesundheitsbereich durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) entsprechende Maßnahmen einzuleiten bzw. zu definieren, die ein Höchstmaß an Cybersicherheit u. a. in Krankenhäusern und weiteren kritischen Infrastrukturen gewährleisten. Ziel muss es sein, gemeinsame Standards und Prüfkriterien unter Einbeziehung der IT-Industrie für digitale Anwendungen zu entwickeln.

8. Effektivere Nutzung von Big Data für die Gesundheitsversorgung und Forschung

Durch die Digitalisierung entstehen tagtäglich große Datenmengen im Gesundheitswesen. Diese bergen ein immenses Potenzial für eine bessere und leitliniengestützte Gesundheitsversorgung und grundlegende neue Erkenntnisse über die Entstehung von Krankheiten, sodass eine personalisierte Therapie und Medizin möglich wird. Mit Hilfe von Big Data besteht zudem die Chance, die Versorgungsforschung voranzubringen. Je mehr (Routine-)Daten aus der Versorgung zur Verfügung stehen, umso leichter können diese mit den individuellen Daten einzelner Patienten in der Praxis oder im Krankenhaus abgeglichen werden. Damit können Krankheiten oder Risiken früher und besser erkannt und Behandlungen frühzeitiger begonnen werden. Dabei könnten auch Krankenkassen eine aktivere Rolle als bisher übernehmen. Um künftig noch bessere Diagnose- und Therapie-Verfahren zu entwickeln und die Patientenversorgung und das Gesundheitssystem Deutschlands weiter zu verbessern, ist die intelligente Verknüpfung von Forschungsdaten, klinischen Daten und Daten aus der Patientenversorgung mit dem aktuellen Stand verfügbarer medizinischer Informationen und medizinischen Wissens eine wichtige Option. Allerdings werden nach wie vor große Datenmengen, die im Rahmen von Routineuntersuchungen anfallen,

nicht systematisch analysiert. Neben der Forschungsförderung ist es Aufgabe der Politik, eine ausgewogene Balance von Datenschutz und Erkenntnisgewinnung zu gewährleisten. Darum wollen wir zügig in der kommenden Wahlperiode die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Einerseits müssen die besonders sensiblen Patientendaten geschützt werden, andererseits müssen mehr Daten für die Forschung gewonnen werden können. Bestehende Datenlimitationen im Informationssystem der Versorgungsforschung ver- oder behindern teilweise eine Auswertung. Nicht alle zu diesem Zweck notwendigen Daten sind im hier vorgehaltenen Datensatz enthalten. Die wissenschaftliche Nutzung der im Rahmen des Morbi-RSA erhobenen Daten muss umfassender, schneller und einfacher möglich sein. Um diese bestehenden Limitationen zu überwinden, ist die geplante Anpassung der Datentransparenzverordnung sorgsam zu gestalten. Darüber hinaus ist eine stärkere Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Forschung in Deutschland notwendig. Die derzeit bestehende Fragmentierung des deutschen Datenschutzrechts, beispielsweise durch unterschiedliche Landesgesetzgebungen für die Forschung mit Behandlungsdaten, behindert eine standortübergreifende Forschung.

9. Interoperabilität auf Basis anerkannter Standards sicherstellen

Interoperabilität, also die Fähigkeit von Informationssystemen, Informationen auszutauschen, ist eine zentrale Voraussetzung für die Nutzung der Chancen von elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – auch im Gesundheitswesen. Tatsächlich existieren in Deutschland mehr als 200 unterschiedliche IT-Systeme in der ambulanten und stationären Versorgung. Bisher sind die Systeme nicht darauf ausgelegt, miteinander in einer für alle IT-Systeme verständlichen Form Informationen austauschen zu können – sie sind nicht interoperabel. Das hemmt sowohl die Verbesserung der Versorgung als auch die Entwicklung neuer Produkte. Der Status-quo schadet nicht zuletzt dem Patienten, da er sich nicht sicher sein kann, dass die notwendigen Informationen über seinen Gesundheitszustand dort vollständig und strukturiert zur Verfügung stehen, wo sie als nächstes benötigt werden. Interoperabilität ist deshalb kein Selbstzweck, sondern die grundlegende Voraussetzung für die strukturierte Übermittlung digitalisierter Gesundheitsdaten. Wir begrüßen daher den Aufbau eines Interoperabilitätsverzeichnis und unterstützen, dass in Zukunft auch Maßnahmen durch die gesetzlichen Krankenkassen finanziert wer-

den dürfen, die den Anforderungen dieses Verzeichnisses genügen. Wir fordern die zeitnahe Umsetzung der Standardisierung auf Basis des IoP-Verzeichnisses unter Einbeziehung nationaler und internationaler Experten.

10. Das Potenzial der Digitalisierung für höhere Kostenersparnisse und administrative Entlastung ausschöpfen

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Möglichkeiten, Prozesse zu vereinfachen und Kosten zu reduzieren. Das Ziel lautet, mithilfe der Digitalisierung wieder mehr Zeit für den direkten Kontakt zwischen Arzt und Patienten einzuräumen und damit auch Ärzte und medizinisches Personal von administrativen Belastungen zu befreien. Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten fünf Jahre den bürokratischen Aufwand im Gesundheitswesen zu senken (one in/one out). Hierzu sollte auch die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises genutzt werden.

11. Deutschlands Beitrag zur Entwicklung der globalen Gesundheits-IKT sicherstellen

Bereits seit 2005 hat die WHO-Versammlung die Potenziale von E-Health anerkannt und die Mitgliedstaaten zu Maßnahmen aufgerufen, um die Digitalisierung ihrer Gesundheitssysteme voranzutreiben. Zudem wurde eine eigene E-Health-Strategie für die WHO ins Leben gerufen. Darüber hinaus wurde ein globaler Überwachungsmechanismus (global Observatory) für E-Health eingerichtet, um die Nutzung von IKT zur Verbesserung der Mütter- und Kindergesundheit in Entwicklungsländern zu erfassen. Für das Erreichen der UN-Entwicklungsziele im Bereich Gesundheit 2016 – 2030 wird die IKT eine wichtige Rolle spielen. Während es für Industrieländer wie Deutschland darauf ankommt, die Spitzenversorgung durch die Digitalisierung noch besser zu machen, werden für Entwicklungsländer eigene Potenziale von E-Health vorhergesagt, weil die Versorgung z. B. mit ärztlichem Personal erheblich geringer ist, gleichzeitig aber Zugang zu Mobiltelefonen und Internet besteht. Deutschland kann als Hightech-Land entscheidende Beiträge für die Entwicklung der Gesundheits-IKT und damit für die globale Gesundheit weltweit leisten.

12. Ethische Herausforderungen der Digitalisierung angehen – Bewahrung eines solidarischen Gesundheits- und Versicherungswesens

Neues Wissen und neue technische Möglichkeiten gehen auch immer mit Fragen nach Verantwortung, Chancen und Herausforderungen einher. Die CDU sieht sich als verantwortungsvolle Mitte, die die richtige Balance findet, und Chancen und Herausforderungen gleichermaßen sieht. Daher gilt es zum einen, Versicherte in einem solidarischen Gesundheitssystem wie dem unseren vor Diskriminierung zu schützen. Niemand darf benachteiligt werden, weil er digitale Anwendungen nicht nutzt. Und zum anderen muss die Gesundheitskompetenz für das Leben im digitalen Zeitalter gestärkt werden.

Die 12 Punkte für ein digitalisiertes Gesundheitswesen sind die Grundlage für eine künftig weiter auszubauende E-Health-Strategie Deutschlands, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Chancen der Digitalisierung ergreift.